

Dr. Wolfgang Gern, Frankfurt am Main
Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau
sowie Sprecher der Nationalen Armutskonferenz

**Armut an Leib und Seele
Sechs Thesen
Sozialpolitischer Kongress des DW EKD
Berlin, 3. und 4. Juni 2008**

Armut und Reichtum sind ein öffentliches Thema geworden. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beschreibt wachsende Armut auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung. In diesem Zusammenhang gerät die Entwicklung der Vermögen zunehmend in die Kritik. Lange gab es in der Bundesrepublik einen Fahrstuhleffekt. Alle hatten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. Aus dem Fahrstuhleffekt ist ein Paternostereffekt geworden: Während es für die einen nach oben geht, geht es für die anderen nach unten.

Dieses Bild der Aufzugsgesellschaft, in der es allen besser geht, die Reichen zwar reicher wurden, es den Ärmern aber auch besser geht, wird der Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Aus der Aufzugsgesellschaft ist längst eine Paternostergesellschaft geworden. Die ehemals sichere Mittelschicht erodiert an ihren Rändern aus. Kinder mit guter Ausbildung bekommen keine Jobs, hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten, von einem Zeitvertrag zum nächsten. Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt auf, dass von Armut vor allem betroffen sind: Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund. Auf dieses Grundproblem muss eine sozialpolitische Antwort gegeben werden.

Es geht in diesem Zusammenhang zunächst um die sozialen Grundrechte und um die Frage des sozialen Ausgleichs der Gesellschaft. Es geht nicht nur um von oben her zuerkannte Teilhabe, sondern um Beteiligung der Betroffenen, um Sozialität und Solidarität – wie es einst der Tübinger Rechtsgelehrte Ludwig Raiser für die Men-

schenrechtsdebatte eingefordert hat. Ja, es geht auch um den Anspruch auf sozialstaatliches Handeln. Wo Ungleichheiten entstehen, wird auch Teilhabe und Beteiligung gefährdet.

Wer heute von sozialen Grundrechten spricht, muss anknüpfen an der Entwicklungsdebatte der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Als im Jahre 1966 in der Ökumenischen Diskussion des Weltkirchenrates der Begriff „Verantwortliche Weltgesellschaft“ geprägt wurde, betonte zeitgleich der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ in Artikel 11 „das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie“. Erich Fromm spricht in diesem Zusammenhang von einem angeborenen Recht – unabhängig davon, ob der Betreffende für die Gesellschaft von Nutzen ist. Insofern ist die Frage nach sozialem Ausgleich bei uns zugleich eine Frage nach internationalen Verhaltens- und Sozialrechtsstandards, wie sie die Vereinten Nationen im Jahre 1995 eingefordert haben.

Insgesamt kommt es darauf an, dass wir die Hoffnung auf den von Gott geliebten Menschen und die Menschlichkeit des Menschen nicht verlieren, dass wir uns also mit Gleichgültigkeit, Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit nicht abfinden. Und dass wir im Gedächtnis behalten: Auch unser Staat lebt von Werten, die er sich selbst nicht geben kann, von Werten, die zu Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität beitragen.

I

These 1: Wachsende Armut auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung ist ein Skandal. Sie schränkt auf Dauer die Entfaltungsmöglichkeiten vieler Familien mit ihren Kindern ein. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt: Die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter geöffnet. Jeder vierte Bundesbürger ist arm oder von Armut bedroht. 13 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, weitere 13 Prozent leben von staatlichen Sozialtransfers.

Besonders Kinder sind von Armut betroffen, dabei vor allem Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund. Die Zahl der Kinder in Familien mit Einkommen in Höhe des Existenzminimums hat sich in den letzten vier Jahren seit Einführung von Hartz IV auf 2,2 Millionen verdoppelt. Insgesamt leben

sogar 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut, von insgesamt 14,5 Millionen in dieser Altersgruppe. Sie erfahren unmittelbar, dass Armut Ausgrenzung heißt und dass sie nicht mithalten können – von der Schule über die Freizeitgestaltung bis zum Kindergeburtstag. Wir beobachten zudem, dass Kinder bei schlechter Ernährung auch häufiger krank werden.

Der Bericht zeigt auch, dass der Niedriglohnsektor Armut verursacht. Wachsend viele sind trotz Arbeit arm. Der Niedriglohnsektor wächst in Deutschland wie in keinem anderen westeuropäischen Land. Das Problem der „Working poor“ nimmt zu. Im übrigen müssen 1,3 Mio. Erwerbstätige ihr äußerst niedriges „Gehalt“ durch Hartz-IV aufstocken. Auch Langzeitarbeitslose kommen trotz Hartz IV nicht aus der Armutsfalle. Für viele Menschen, die seit langem arbeitslos sind, hat sich die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz nicht erfüllt. Sie werden aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Erwerbstätigkeit finden, die ihre Existenz sichert. Häufig gibt es Vermittlungshemmnisse, die auch mit fehlenden Bildungsabschlüssen und fehlenden Qualifikationen zu tun haben.

Der Bericht zeigt schließlich: Durch die wachsende Armut wird auf Dauer die Altersarmut vorangetrieben – und wird auf Dauer die gesetzliche Rentenversicherung noch mehr geschwächt. Eine Friseurin braucht heute schon 45 Jahre Lebensarbeitszeit, um auf eine Rente über dem Existenzminimum zu kommen.

Fazit ist: Armut ist und wird immer mehr ein dominantes Problem vieler Familien. Dies wird besonders deutlich in den sozialen Brennpunkten der Großstädte. Aber die Armutserfahrungen reichen auch längst in die Mittelschicht hinein. Immer mehr Menschen aus der Mittelschicht geraten in prekäre Lebensbedingungen und rutschen in Armut. Die Einkünfte der Reichen dagegen sind gewachsen.

II

These 2: Armut und Verarmung in einem der reichsten Länder der Erde sind „gemacht“. Sie sind kein Naturereignis, sondern Resultat politischer und ökonomischer Entscheidungen. Alle empirischen Untersuchungen belegen, dass es einen Zusammenhang zwischen Armutsentwicklung und Ausstattung des Sozialstaates gibt: Überall dort, wo es einen ausgebauten Sozialstaat gibt, ist die Armutsquote niedrig. In Skandinavien gibt es keine nennenswerte Armut. Ein ausgebauter Sozialstaat ist der beste Schutz gegen Armut. Skandinavien liegt in allen Positionen vorne: Gutes Wirtschaftswachstum, Frauenerwerbsbeteiligung, gute öffentliche Ausstattung sozialer Dienste, keine Kinderarmut. Deutschland befindet sich bei einem aktuellen Ranking der EU-Länder zu verschiedenen Dimensionen „Einkommensverteilung und soziale Sicherheit“ im EU-Vergleich auf Platz 9, in der Dimension „Inklusion in den Arbeitsmarkt“ sowie „Bildung und Ausbildungschancen“ auf Platz 18, bezüglich „Geschlechtergleichstellung“ und „Generationenverhältnis“ sogar auf Platz 23.

Während Deutschland so reich ist wie nie zuvor, befindet sich die Steuerquote im Sinkflug. Es waren steuerpolitische Maßnahmen insbesondere der letzten Bundesregierung, die dazu beigetragen haben, dass das Steueraufkommen sich drastisch reduziert hat. Der gesellschaftliche Reichtum ist in den letzten Jahren durch die Politik entlastet worden und wird nicht mehr zum Wohlstand eines Gemeinwesen herangezogen, wie es nötig wäre. Deshalb brauchen wir keine Diskussion über Steuersenkung, sondern eine Debatte darüber, wie der Sozialstaat ausgebaut und finanziert werden kann.

III

These 3: Mit dem Widerspruch zwischen der Gerechtigkeit Gottes und unserer menschlichen Ungerechtigkeit können Christen sich nicht abfinden. Christliche Theologie nennt Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit Sünde, die Sünde des Nein zum Anderen, die im Nein von Kain zu Abel anhebt. Der lateinamerikanische Befreiungstheologe Enrique Dussel nennt geschichtlich und real gesehen Sünde „das Nein des nordatlantischen Zentrums zum Indio, zum Afrikaner, zum Arbeiter, zum Landar-

beiter, zum Außenseiter ... Sünde ist das Nein zur Frau in der patriarchalischen Familie und das Nein der auf Herrschaft ausgehenden Erziehung zum Sohn“ (Enrique Dussel, Herrschaft und Befreiung, 1985, 27). Und er bündelt es mit den Worten: „Die Sünde, die im Nein zum Anderen anhebt, bekräftigt sich als Selbstvergöttlichung, Fetischisierung, Idolatrie, als Nein zum schöpferischen Andern“ (ebd.). Wer sein will wie Gott oder „Gott ist tot“ sagt, um sich selbst zu erhöhen, wird Gottes Epiphanie töten: den Indio, den Afrikaner, den Asiaten.

Bereits die 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala 1968 weist auf die Einheit von Glauben und Handeln hin: „Die Stelle, an der heute die Entscheidungen fallen, ist die immer breiter werdende Kluft zwischen Reich und Arm ... Aber Gott erneuert. Er hat uns erkennen lassen, dass Christen, die durch ihr Handeln ihren Mitmenschen die Menschenwürde verweigern, Jesus Christus verleugnen, trotz aller Glaubensbekenntnisse, die sie sprechen.“

Der entscheidende Blickwinkel für Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist daher der „Blick von unten“. Wo immer Menschen am Ende sind, nicht weiter wissen, eben ganz unten, wird der Anfang gemacht. Die Magna Charta der christlichen Liebestätigkeit, die Geschichte vom barmherzigen Samariter, stößt uns mit der Nase darauf, ebenso das Vermächtnis des zum Kreuz gehenden Weltenrichters in Matthäus 25: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Geschwistern, das habt ihr mir getan“. Das Wissen um die Gottesebenbildlichkeit des Menschen vollendet sich in der Liebe zu den Hungernden, Dürstenden, Kranken, Gefangenen, zu den Fremden, zu denen ohne Heimat – oder sie fällt ins Bodenlose.

Das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997 folgt dem biblischen Blickwinkel und sagt: „In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt“. Ob eine Gesellschaft also gerecht oder ungerecht ist, zeigt sich daran, ob sie die Armen schädigt, obwohl es eine realisierbare Alternative gibt. Deswegen ist auch politisches Handeln bei uns gefragt, wenn Sozialreformen von Teilhabe, sozialen Rechten und

sozialer Gerechtigkeit sprechen, ohne dass dies für die Betroffenen hinreichend Wirkung erzielt.

Die französische Journalistin Viviane Forrester fragte 1997 in ihrem Buch „Der Terror der Ökonomie“ mit Blick auf die Arbeitslosigkeit – polemisch wie einst Luther in Richtung Werkgerechtigkeit: „Welch ein Nutzen kann ein Leben haben, das sinnlos für den Profit ist? Muss man zu leben verdienen, um das Recht zu leben zu haben?“ Viviane Forrester fragt damit die Frage der Reformation, die Frage Martin Luthers: Wem verdankt sich der Mensch? Wie steht es um sein Recht, seine Rechtfertigung zum Leben? Spiegelt sich in der Verteilungsgerechtigkeit unserer Gesellschaft, dass die Leistungsschwachen geschützt sind? Die reformatorische Erkenntnis war und ist: Alle Menschen haben ein Recht, am wirtschaftlichen und sozialen Leben einer Gesellschaft teilzunehmen – weil jeder Mensch sich nicht seiner Leistungen, sondern der Gnade Gottes verdankt. Daher bilden sich auch in den sozialen Menschenrechten und im Tun der Barmherzigkeit Gottes Gnade ab. Die sozialen Menschenrechte gewährleisten, dass Menschenwürde nicht nur unantastbar, sondern auch unteilbar bleibt.

Aus dieser unlöslichen Verbindung aber ergibt sich ein Kriterium für die Gerechtigkeit, dessen Schärfe nicht zu überbieten ist: Es ist die Lage der Schwächsten, an der sich entscheidet, ob von Gerechtigkeit die Rede sein kann. Gerechtigkeit ist nur verwirklicht, wenn den Schwächsten die gleiche Würde zuerkannt wird wie den Stärksten. Gerechtigkeit wird da zur Farce, wo sie einseitig zugunsten des Rechtes des Stärkeren ausgelegt wird. Solche Willkür ist erst dort ausgeschlossen, wo die gleiche Würde aller Menschen als grundlegender Maßstab einer humanen Gesellschaft anerkannt wird. Dass Menschen ungleich sind, wird damit nicht geleugnet, denn darin besteht das Geheimnis der menschlichen Individualität. Doch geachtet wird diese Individualität nur, wenn sie jeder und jedem in gleichem Maße zuerkannt wird. Die gleiche Würde der Menschen ist Voraussetzung persönlicher Freiheit.

These 4: **Wer Armut überwinden will, muss zum sozialen Ausgleich beitragen. Das ist möglich, denn Deutschland war noch nie so reich wie heute. Aber offensichtlich ist der Reichtum ungleich verteilt.** Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann hat in einer großen Grundgesetzrede im Jahre 1974 auf den engen Zusammenhang von Demokratie und sozialer Balance hingewiesen: Demokratie und soziale Fürsorge gehören zusammen, Demokratie braucht Sozialstaat. Im übrigen hat es Staaten gegeben, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die wachsende Spannung zwischen arm und reich auseinandergeflogen sind – von der Demokratie in die Diktatur gestürzt sind. Ich denke dabei an viele Länder Südostasiens, vor allem an die Philippinen unter Ferdinand Marcos.

Demokratie und soziale Balance gehören zusammen. Das Prinzip der Subsidiarität hat dabei geholfen: Hilfe zur Eigenständigkeit, dem Schwachen aufhelfen. Wo eigenverantwortliches Handeln an seine Grenzen stößt, hilft, korrigiert und balanciert die Gemeinschaft. Das heißt: Reichtum darf nicht bei sich selbst bleiben, sondern muss in einen Segenskreislauf einmünden, von dem die Gesamtgemeinschaft – und in ihr besonders die Schwächsten – profitiert. Mitmenschliche Solidarität und ökonomische Rationalität sind aufeinander angewiesen. Sonst knallt die Gesellschaft auseinander. Der frühere Bundesrichter Helmut Simon, der große Rechtsexperte des Sozialstaats, hat nach der Vereinigung im Jahre 1991 dafür plädiert, aus dem Entwurf für eine neue Schweizer Verfassung den Satz „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ ins Grundgesetz zu übernehmen. Bei allem Respekt vor dem Grundgesetz: Dieser Satz in seiner schlichten Klarheit hätte den Charme gehabt, viele gleichmeinende Einzelaussagen zu bündeln. Simon hatte ja diesen Vorschlag gemacht, den quasi übriggebliebenen marktwirtschaftlichen Teil Deutschlands und Europas zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu verpflichten, um damit deutlich zu machen: Der Sozialstaat ist nicht ein Anhängsel der Marktwirtschaft, sondern eine kulturelle Errungenschaft. Und gerade die Schwächeren sollen spüren können, dass Politik angewandte Liebe zum Leben ist und durch mitleidenschaftliches Handeln füreinander geprägt ist. Und unsere Demokratie wird auf Dauer nur lebensfähig sein, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit – handelt, kann sie selbst zum Segen werden. wenn

sie soziale Gerechtigkeit praktiziert und wenn soziale Gerechtigkeit dauerhaft in unserer Rechtsordnung verankert ist.

In diesem Zusammenhang darf das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997 mit seiner Forderung nach einem Armut- und Reichtumsbericht nicht unerwähnt bleiben. Wir brauchen Armutsberichte nicht als Leistungsschau von Sozialministerien, sondern als Frage an die Gesellschaft, wie sie den gerechten Ausgleich herzustellen gedenkt. Im Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen heißt es: „Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird ... Werden die Vermögen ... nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben“ (Abs. 220). Wenn die Lasten neu verteilt werden, kommt unsere Gesellschaft an einer ernsthaften Bekämpfung von Steuerhinterziehung nicht vorbei, denn wir sind in der Gefahr, dass aus der Wertegesellschaft eine Wertpapiergesellschaft wird.

Verteilungsgerechtigkeit ist also nicht nur eine Frage kurzfristiger politischer Entscheidungen, sondern eine entscheidende Frage der Kultur unseres Zusammenlebens. Der Schweizer Schriftsteller Jeremias Gotthelf gibt dabei einen hilfreichen Hinweis. Gotthelf hat in den Jahren 1843/44, also kurz vor 1848 einen zweiteiligen Roman geschrieben – mit dem Titel „Geld und Geist“. Es geht dabei um den Streit und den Unfrieden um Geld und Besitz im bäuerlichen Milieu. Der Roman zielt auf die Frage, wes Geistes Kind wir sind: ob wir teilen können, ob wir ab- und zugeben können, oder ob wir uns egomanisch gegenseitig ausgrenzen. Jeremias Gotthelf endet mit der Weisheit, die letztlich Güte als höhere Gerechtigkeit ausweist. Gotthelf sagt es so: Nur wo der Geist eine Heimat hat, kann das Geld zum Segen werden.

V

These 5: Wir brauchen heute zuerst Lösungen, die zur Überwindung der Kinderarmut, zur Verringerung des Niedriglohnsektors, zu Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung und zur Stärkung des Sozialstaates beitragen. Deswegen brauchen wir zuerst Lösungen die Familien mit Kindern helfen und die zur Überwin-

derung der Kinderarmut beitragen. Der Kinderbetreuung und der Ganztagschule müssen unser besonderes Augenmerk gelten. Die Lernmittelfreiheit muss Standard werden – ebenso wie der Mittagstisch in der Schule. Das Existenzminimum beim Kinderregelsatz von Hartz IV muss neu definiert werden. Bis dahin sollte der Kinderregelsatz um mindestens 20 Prozent angehoben werden.

Zu viele sind trotz Arbeit arm. Der gesetzliche Mindestlohn muss Standard werden. Aber er allein schützt vor Armut nicht. Das erfahren besonders die Familien in der unteren Mittelschicht. Daher ist darauf zu achten, dass die Mittelschicht steuerlich entlastet und vor dem Armutsrisiko geschützt wird. Der Ausweitung des Niedriglohnssektors muss entgegengewirkt werden. Und für Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit – und vor allem für solche mit Vermittlungshemmnissen – brauchen wir öffentlich geförderte Beschäftigungsgesellschaften.

Wir beobachten auch, dass die soziale Infrastruktur in sozialen Brennpunkten in den letzten Jahren immer mehr geschwächt wurde. Wir brauchen verstärkt Maßnahmen, die soziale Ausgrenzung überwinden helfen. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist dabei eine Möglichkeit. Zugleich sind flankierende Maßnahmen in der Kindertagesstätte, in der Jugendhilfeeinrichtung und in der Schule vonnöten, um durch bessere Ausstattung sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken – und um durch bessere Vernetzung aller Beteiligten am Ort zu mehr Solidarität beizutragen.

Last but not least: Nur ein starker Steuerstaat kann ein starker Sozialstaat sein. Laut Artikel 14 und Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat, der auch durch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums für sozialen Ausgleich sorgt. Daher muss die Diskussion über Steuerpolitik die Fragen von Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer deutlich einbeziehen. Wo zehn Prozent der Bevölkerung über 40 Prozent des Geldvermögens in ihrer Hand haben – in Deutschland ist dies der Fall, da darf es in dieser Hinsicht keine Tabus geben. Wer jedoch über Reichtum nicht reden will, der soll auch über Armut schweigen.

These 6: Armutsbekämpfung braucht eine andere Arbeitsmarkt-, Verteilungs- und Wirtschaftspolitik. Angesichts des Zusammenhangs von Armut und Reichtum ist es notwendig, den Niedriglohnsektor samt der nicht existenzsichernden Arbeit einzugrenzen. Man muss von seiner Arbeit leben können. Der katholische Sozialethiker Georg Ratzinger, Großonkel des jetzigen Papstes, hat über nicht existenzsichernde Löhne vor über einhundert Jahren so geurteilt und gesagt: „Wenn jemand so wenig Lohn zahlt, das man nicht davon leben kann, ist das Diebstahl an der Arbeitskraft – und Diebstahl ist Sünde“. Wichtigster Ansatz zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist die Verbesserung der Primärverteilung, da der Sozialstaat mit einem Ausgleich einer ungleicher werdenden Verteilung der Erwerbseinkommen zunehmend überfordert ist. Deshalb müssen wir uns verabschieden von einer Niedriglohnpolitik, und wir müssen uns verabschieden von prekärer Beschäftigung. Man muss mit Arbeit in Würde leben können. Und – zur Bildungsförderung sind Investitionen nötig. Bildung aber ist kein Schutz gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Es fehlt an Bildung *und* an Arbeitsplätzen. Wenn Bildung als vorrangiger Schlüssel zur Bekämpfung von Armut gewertet wird, dann gibt es einen Wettkampf um die wenigen Arbeitsplätze von Arbeitslosen mit einem höheren Bildungsniveau.

Abschließend sei auf die Schlussfolgerung aus dem ersten Armutsprogramm der Europäischen Gemeinschaft von 1981 (!) verwiesen: „Würden die Mitgliedsstaaten beim Kampf gegen die Armut zusammenstehen, würde der Fortschritt weniger durch die Angst um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gehemmt werden“. Das aber bedeutet: Ein Staat, der nur auf seine Wettbewerbsfähigkeit achtet, produziert gerade dadurch Armut und verhindert, Armut zu bekämpfen. Was gut für eine Gesellschaft ist, muss über die Politik gesellschaftlich ausgehandelt werden und darf nicht von partikulären Interessen der Wirtschaft vorgegeben werden. Wir brauchen wieder eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft mit ihren programmatischen Eingriffen in die Wirtschaft.

Das Wort der Kirchen vom Jahre 1997 heißt zu Recht „Wirtschafts- *und* Sozialwort“. Dies bedeutet, dass es wieder eine Verzahnung von Wirtschafts- und Sozialpolitik

geben muss, bei der die Sozialpolitik nicht zu einer Funktion der Wirtschaftspolitik wird. Das Soziale ist kein Anhängsel des Marktes, sondern umgekehrt – es ist eine kulturelle Errungenschaft. Dort, wo es eine gleichmäßige soziale Verteilung gibt, floriert auch die Wirtschaft. Die Kirchen haben „Soziale Marktwirtschaft“ als „sozialgesteuerte Marktwirtschaft“ definiert. Soziale Marktwirtschaft heißt programmatische Intervention in die Wirtschaft zum Wohle aller in der Gesellschaft. Die Politik ist gefordert. Sie hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Fortschritt ausbalanciert werden. Oder wie es im Sozialwort der Kirchen mit dem Begründer der Sozialen Marktwirtschaft Alfred Müller-Armack heißt: „eine sozialgesteuerte Marktwirtschaft“. Ohne diesen Ansatz einer erneuerten Wirtschaftspolitik wird sich Armut nicht beseitigen lassen.